

Bezugsgebühr:

Gesamtbüro 2 M. 50 Pf. durch
die Post & Dr.

Die Dresdner Nachrichten erfreuen
sich großer Beliebtheit in Dresden und der näheren Umgebung,
wo die Subscriptions durch eigene Boten
oder Kommissionäre erfolgt, erhalten
der Stadt an Bedienungen, die
nicht auf Sonn- oder Feiertage fallen,
in ganz Deutschland Absatz und
Wiegend ausgeschlossen.

Die Abgabe eingehender Schriften
ist keine Verbindlichkeit.

Bernhardi-Ausgabe:
Band 4 Nr. 11 u. Nr. 2000.

Telegraph.-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

! Meyer's Pracht-Schlafrock!
Schlafrock-Meyer
7 nur Frauenstr. DRESDEN Frauenstr. nur 7.

Gegründet 1856

Arminia Lebensversicherungen
in den üblichen Formen, mit Gewinn-
antheit. Mäßige feste Prämien.
Berl. Bank
München
Berl. Stand ca. 48 000 000 M.
Garantiekredit ca. 9 000 000 M.
Schließt ab: Prämien-Einnahme 2 000 000 M.
Gen.-Agentur: Joh. Georgen-Allee 33, im eigenen Hause.

Fabrik-Niederlage der
„Wanderer“-Fahrräder
Sidenstrasse No. 7, Ecke Pragerstr.
Reparatur-Werkstatt für Fahrräder aller Systeme.

Tuchwaren Apartete Neuheiten in engl. u. deutschen Qualitäten, hochlegante C. H. Hesse Nachf. (Inh. Krüger & Reich)
und solide Ware, empfehlen zu außerordentlich billigen Preisen Marienstr. 20 (3 Räben).

Nr. 343. Spiegel: Nationalliberale Interna. Hofnachrichten, Kunstdenkmäler, D-Zug-Wagen, Weihnachts- | Kulturmahl. Witterung: | Donnerstag, 13. Dezember 1900.

Wochenabonnements zu 25 Pf.
beginnen mit jeder Sonnabend-Nummer und müssen daher bei der Hauptgeschäftsstelle, einer der Annahmestellen einem Ausdrucker oder Kommissionär spätestens bis Freitag Mittag bestellt werden.

Nationalliberale Interna.

Geistige Vorgänge innerhalb der nationalliberalen Reichstagsfraktion, die sich in den letzten Tagen abgespielt haben, dürfen wegen des Charakters der dabei in Frage kommenden Ereignisse auf eine über den engeren parteipolitischen Kreis hinausgehende Bedeutung Anspruch erheben. Es handelt sich um den angeblich bedenklich gewesenen Austritt des Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Henßl zu Herrnsheim aus dem nationalliberalen Fraktionsverband. Nach Allem, was über die Angelegenheit bekannt geworden ist, muss man annehmen, dass Freiherr v. Henßl tatsächlich den festen Entschluss des Austritts gehegt und ihn auch zur Kenntnis der Parteileitung gebracht hatte. Die Parteileitung hat dann aber in richtiger Würdigung der Bedeutsamkeit eines solchen Eclats für das Ansehen des gemäßigten Liberalismus im Lande lebhafte Versuchungen entfaltet, um den Freiherrn v. Henßl umzustimmen und zum Bleiben zu bewegen, und das ist ihm denn auch mit Hilfe eines Kompromisses, das in dem Antrag der Abgeordneten v. Heyl, Münnich-Herder und Graf Orlow behufs Einführung einer Reichsausübung über Kartelle und Syndikate mit monopolistischem Charakter seinen Ausdruck fand, gelungen. Freiherr v. Henßl hatte nämlich zum unmittelbaren Anlass seiner Entscheidung die Reichstagsrede seines Fraktionsgenossen Hiltsi genommen, die mit ihrem geflügelten Eintritt für die monopolistischen Machenschaften des Syndikates seiner Zeit auch an dieser Stelle als unangenehm auffallend gekennzeichnet worden ist. Da hiernach der Antrag Henßl-Münnich-Orlow als eine parteipolitische Desavouirung des Hiltsi'schen Standpunktes aufgegängt werden muss, um so mehr, als er auch die Unterchrift des Abgeordneten Bassemer trät, so darf der Stoltz zwischen dem Abgeordneten v. Henßl und der Fraktion, soweit er persönlichen Zuschnitt hat, zunächst als beilegt gelten. Nicht beilegt aber sind durch die fraktioneile Regelung des Falles die grundsätzlich gegnerischen wirtschaftspolitischen Auffassungen, die innerhalb des gemäßigten Liberalismus in seinem derzeitigen politischen Verbände miteinander ringen und deren fortgelebter Widerstreit früher oder später mit Notwendigkeit entweder zu einer reinlichen Scheidung oder zu einer politischen Krise des Nationalliberalismus führen muss.

Wenn in einem minderwertigen Parteiverbande Hinz und Kunz sich befunden, so fragt die Öffentlichkeit nicht weiter darum; wenn dagegen die Existenz einer Partei von so hoher geistiger, politischer und wirtschaftlicher Bedeutung, wie sie bei dem gemäßigten Liberalismus innerhalb, durch Gegenwart der Anschauungen gefährdet wird, so ist das ein Ereignis, das allgemeines Interesse herausfordert, weil die Gefahren einer solchen Entwicklung das öffentliche Wohl mit berühren. Die Thatiache selbst, dass in der nationalliberalen Fraktion über wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zum Theil die allerwiderrücksten Ansichten herrschen, die mitunter zu einem schrofen Aufeinandertreffen der Geister führen, brachte nicht erst beweisen zu werden, weil sie notorisch ist. Der Hauptgegensatz tritt auf dem Gebiete der Handelspolitik hervor, so zwar, dass das Gros der Partei sich zu den gesunden Grundsätzen eines wirklichen Schutzes der nationalen Arbeit bekannte, insbesondere auch zu Gunsten der Landwirtschaft und ihres dringenden Bedürfnisses nach erhöhten Zöllen. Auf der anderen Seite steht dagegen die „kleine, aber mächtige“ Partei der Orientkapitalisten und Monarchisten, die mit einer wahrhaft grausamen Verständnislosigkeit für die grundlegenden Interessen unserer nationalen Wirtschaft jedweide energische Maßregel zur Stärkung und Gewinnung unseres nationalen Wirtschaftslebens unter sämtlicher Berufung auf die Grundlage des „Liberalismus“ zu hinstreiten scheint. Die manchesterliche Richtung innerhalb des gegenwärtigen Nationalliberalismus, die sich gerade in der letzten Zeit anlässlich der Vorberatungen zu der Neuregelung unserer handelspolitischen Beziehungen in der unangenehmen Rolle in den Vordergrund zu drängen beginnt, hat, wird in der Partei-Presse durch die „Nat.-Ztg.“, die „Röhr.-Ztg.“ und die „Magd.-Ztg.“ unter Führung des erghenannten Berliner Organisationsvertreters; man nennt sie deshalb auch die „National-Zeitungsrichtung“. Ihr Einfluss darf nicht unterschätzt werden, weil sie ihren gähnlichen Mangel an Einfluss in der Bevölkerung durch allseitige Machenschaften „nach oben hin“ zu ergänzen sucht und dabei über eine imposante Geldmacht verfügt, sodass sie für alle ihre Zwecke, sowohl sie überhaupt durch Protest und Geld zu erreichen oder zu unterstützen sind, wesentliche Chancen des Erfolges besitzt. Neuerdings bat sich zu diesen mancherlei Erreichbaren auch noch ein politischer Gegensatz in der Wahlkreisfrage gestellt, der zwar nur einen brüllig verdrängten Bereich hat, aber grundsätzlich als geradezu verderbend für die nationalliberale Parteidisciplin angesehen werden muss. In Baden nämlich, das bisher als das „fiktive Land“ des gemäßigten Liberalismus galt, hat dieser die Unbegrenztheit begangen, dass er aus lediglich „Populäritätsabschreit“ eine kurzfristige Augenblicksspitze aufgenommen und sich die radikale Forderung des fast bedingungslosen allgemeinen direkten Wahlrechts für den Landtag

zu einem gemacht hat. Die badische Regierung hat angesichts der das Allgemeinwohl schwer bedrohenden Schwereinung der nationalliberalen Landespartei zu Gunsten eines radikalen Wahlrechts nicht gezögert, in vollem Umfang ihre staatsverhaltende Wicht zu thun, indem sie die formelle Erklärung abgab, dass sie niemals einer flüchtigen Tagesmeinung zu Liebe der Einführung eines radikalen Wahlrechts zulassen, sondern unerschütterlich fest bei der Ablehnung des direkten allgemeinen Wahlrechts zum badischen Landtag im höheren staatlichen Interesse beobachten werde. Man kann nur wünschen, dass die offene und feste Sprache des badischen Ministerpräsidenten auch den nationalliberalen Landespartei die ihr verloren gegangene Reizwürde zurückgeben möge, um die dortige Partei vor dem weiteren Sturze in Trümmern zu bewahren, die in ihrer verhängnisvollen Wirkung den ganzen gemäßigten Liberalismus im Reiche mehr oder weniger in Mitleidenschaft zu ziehen gesignet sind.

Der gemäßigte und nationale Liberalismus verfürt gewiss ein durch und durch staatswirtschaftliches Prinzip, dessen gleichmäßige Wechselwirkung mit der konservativen Weltanschauung nicht zu entbehren ist, weil erst durch ein solches Zusammenwirken ein gesunder Fortschritt im Staatsleben und die Herstellung von einer seitiger Nebentreibung nach rechts und links gewährleistet wird. Wenn aber der Liberalismus, wie er sein soll, seiner vaterlandischen Aufgabe gerecht werden will, so muss er dafür sorgen, dass er in seiner politischen Organisation sein Hemmniss für die Verwirklichung der Ziele findet, die ihm in seinen ehrbaren Bewioren gemäßigt und liberal vorgezeichnet sind. Zu dem Zweck müssen solche Elemente, die dauernd dem inneren Wesen des gemäßigten Liberalismus entgegenarbeiten, unanachbarlich von dem Parteiverband losgelöst werden. Bei dem gegenwärtig beobachteten radikalen Anflug in Baden scheint es sich freilich nur um eine momentane Verirrung zu handeln, die voraussichtlich ebenso rasch verwindbar dirkt, wie sie gekommen ist. Der manchesterlichen Richtung in der Partei aber, die idon ein eingewurzeltes Leben darstellt, sollte man je eher desto besser den zu Unrecht umgehängten Mantel des gemäßigten Liberalismus herunterziehen und sie dahin schicken, wohin sie gehört: nämlich in das gelobte Land einer börsenkapitalistischen Secession. Die Ereignisse der über Jahre beweisen, wie zerstörend die Aufzehrung von rein manchesterlichen Elementen innerhalb des nationalliberalen Parteiverbandes wirkt. Sogar der endliche Austritt der damaligen Secessionisten vermochte die Partei nicht mehr vor einem kleinen Niedergang zu bewahren und erst die im Jahre 1881 erfolgte Heidelbergser Erklärung gab dem gemäßigten Liberalismus wieder den festen politischen und wirtschaftlichen Boden, in dem das Vertrauen des Volkes zu der Partei neue Wurzeln legen konnte. Heute ist nun die Lage wieder in ähnlicher Weise fruchtig geworden wie damals. Wenn der Nationalliberalismus dieses Mal sich die früheren Erfahrungen zur Lehre dienen lässt und den Bruch mit dem über Manchettentum in seinen Reihen rechtzeitig vollzieht, so wird er die Zeit an der Sennelode lassen und sich eine gute parteipolitische Zukunft sichern, während er überall seine wirtschaftlichen wirtschaftlichen Aussichten nach einer erneuten Katastrophe entgegenföhrt. Der Nationalliberalismus im Reiche sollte bei seinen Erwähnungen nach dieser Richtung nicht verschelen, sich das Vorbild des höchsten Liberalismus vor Augen zu halten, doch gerade den besten Theil seiner Kraft dem Umstande verdankt, dass er es verstanden hat, sich die Eingänge des National-Zeitungsrückens in die Parteidisciplin konsequent vom Haie zu halten und diese Richtung innerhalb der grün-weißen Grenzenhüle zu völliger Ohnmacht zu verdammen.

Neueste Drahtmelbungen vom 12. Dezember.
(Sammelnde mitteilt Presse-Redaktionen verschiedener Zeitungen zusammen von Wolffs Tel. Bureau; die mit * versehenen sind während des Kriegs eingegangen.)

Der Krieg in China.

Peking. (Tel.-Tel.) Innerhalb der eroberten Kaiserlichen Stadt etwa 1000 Schritte von dem Quartier des Gräfen Waldersee entstand am 11. ds. M. Abends eine Feuerstube. Die Wohnung des Kanzleisters Rusche, Geschworener des deutschen Reiterregiments, sowie das Haus des Schwarzenfelsers und die als Kasino benutzte Gebäude wurden ein Raub der Flammen. In der Nacht waren hier 12 Grab-Blöte.

* **London.** Die Abendblätter melden aus Shanghai vom 11. d. K. die Gefangen belässt die Polizei nicht anzuerkennen, da sie nicht das Privatsiegel des Kaisers trage.

* **München.** Die Erzherzogin Anna, Tochter des Großherzogs von Toskana und Schwester der Prinzessin Friedrich August von Sachsen, verlobte sich in Salzburg mit dem Fürsten Johannes v. Hohenlohe-Bartenstein.

* **Prag.** Im böhmischen Landtag beantragte der Oberstaatsanwalt die Interpellation Schröder's bez. die Verweigerung der Erhöhung der Subvention für das Deutsche Reitertheater. Er hofft, das Haus werde die Erhöhung bei der budgetären Bekämpfung bewilligen. Unter den Anträgen befindet sich ein Antrag Dwojka bez. die Amortisierung der Ehe des Erzherzogs Franz Ferdinand. Der Antrag beruft sich auf verdeckte Monatsabschüsse, insbesondere auf die pragmatische Sanktion, sowie auf die Septemberverfassung von 1868, welche auch das Recht der Landtage in sich schlägt, die Thronfolge zu bestimmen.

* **Rotterdam.** Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet: Die deutsche Regierung beantragte auf Erlaubnis der niederländischen Regierung den deutschen Konsul in Rotterdam mit der Wahrnehmung der niederländischen Interessen.

* **Petersburg.** In Folge des Zeugnisses der den Kaiser bedienenden Arzte, dass der Krankheitsproses seinen Lauf beendet habe und die Genesungsperiode, die schon mehr als zwei Wochen dauerte, vollkommen regelmäßig gehe, wird mit allerdrücklicher Empfehlung das Erreichen von Ruhestand aufgehoben.

* **Berlin.** (Tel.-Tel.) Reichstag. Das Haus ist jetzt schwach besetzt. Die erste Sitzung des Staats wird fortgesetzt. — Abg. Rickert (tel. Ver.) glaubt, dass dieser Staat noch keine düsteren Prognosierungen rechtfertige. Zum Militärkatast. bittet er um Bestätigung der ihm gewordenen Mitteilung, dass das Gericht von neuen Geweihen unberührt sei. Man mache zur Sicherheit, aber wo? Bei der Militärverwaltung werde sowiel bedingungslosen allgemeinen direkten Wahlrechts für den Landtag

Simon's
Annen-Hof
Dresden
im Centrum der Stadt
Vorzügliches
Mittelstands-Hotel
für Geschäfts- und
Vergnügen-Reisende,
Familien und Touristen.
Mäßige Preise.
Gutes Restaurant.
Nur echte Biere.

Zeitr.-Adresse:
Nachrichten, Dresden.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Brand's bediente Kindermilch. Dresden
Friedrichsstr. 79